



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

: Politische Briefe : 1. Ein vergangenes Luftrum.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Politische Briefe.

I. Ein vergangenes Lustrum.



In den letzten Dezembertagen des Jahres 1877 weilte Herr von Bennigsen als Gast des Fürsten Bismarck in Warzin. Im Herbst desselben Jahres hatte der Minister des Innern, der inzwischen verstorbene Graf Friedrich Eulenburg, seine Entlassung erbeten, statt deren aber vorläufig einen Urlaub auf sechs Monate erhalten. Der Minister für Landwirtschaft, Dr. Friedenthal, verwaltete bis zur Entscheidung über das Entlassungsgesuch des Grafen Eulenburg dessen Ministerium. Ende Dezember nun bot Fürst Bismarck Herrn von Bennigsen dieses Ministerium an, das heißt, er erbot sich, dem Könige die Berufung des Herrn von Bennigsen vorzuschlagen. Herr von Bennigsen, wie man weiß, machte die Entscheidung von einer Rücksprache mit seinen Parteigenossen abhängig. Diese legten ihm eine dreifache Bedingung auf, die er dem Kanzler zu stellen habe: 1. bei dem Plane, die Reichseinnahmen zu erhöhen, dürfe nicht vom Tabaksmopol die Rede sein; 2. neben Herrn von Bennigsen müßten noch einige andre angesehenere Nationalliberale in die Regierung treten; 3. bei der Vermehrung der Reichseinnahmen müßten konstitutionelle Garantien gegeben werden: d. h. der Reichstag sowohl wie der preussische Landtag müßten ein erweitertes Recht zur Streichung von Einnahmen erhalten. Wenn die Zeitungen damals recht berichtet haben, so hat Fürst Bismarck auf diese Forderungen erwiedert, auf dem Tabaksmopol bestehe er nicht, wenn man andre zum Ziele führende Vorschläge zu machen wisse; die beiden andern Punkte hat er zunächst ausweichend behandelt.

Wir haben diese Vorgänge, die wohl, nachdem sie bei verschiedenen Gelegenheiten erörtert worden, so, wie wir sie angeführt, als festgestellt gelten dürfen, noch einmal vergegenwärtigt, weil vom Dezember 1877 ein wichtiger Abschnitt der innern deutschen Politik zu datiren ist. Im April desselben Jahres hatte Fürst Bismarck dringend und ernstlich seinen Rücktritt von dem Kaiser erbeten. Dieses Gesuch ist nicht das erste und nicht das letzte um die Gewährung des Abschiedes gewesen. Allein in den andern Fällen hat es sich, wie man annehmen darf, um Meinungsverschiedenheiten über einzelne Fragen gehandelt. Im April 1877 legte der Kanzler sich die Frage vor, ob er nicht an dem Punkte seiner Thätigkeit angelangt sei, wo er dieselbe schließen müsse. Es handelte sich für ihn um ein bedeutungsschweres Entweder — Oder. Das

deutsche Reich war unter Dach gebracht, der innere Ausbau fehlte. Der Fürst mußte sich sagen, daß ein neues und schweres Werk zu beginnen sei. Das Reich besaß die Zentralorgane einer Regierung in Bundesrat und Reichstag, deren Bildung und Funktion eines jener Gesetze, die man vorzugsweise Verfassungen nennt, in weiten Umrissen beschrieb. Aber ein weit, weit andres Ding als ein Gesetz mit seinen Paragraphen ist eine wirkliche Verfassung. Zu einer solchen gehören lebendige Organe, d. h. Kräfte des nationalen Lebens, die zum Besitz und Gebrauch der Verfassung innerhalb der Gesetzesumrisse erzogen und befähigt sind, permanente Gebilde, in welchen sich Gesellschaft und Staat durchdringen, in welche die Gesellschaft den Stoff, der Staat das Pflichtgefühl, die Umsicht und Mäßigung hineinlegt. Auch diese Kräfte, die den lebendigen Eingeweiden gleichen, und die man, wenn man an den Namen nicht falsche Deutungen knüpfen will, als Stände bezeichnen darf, erschöpfen noch nicht den Verfassungsorganismus. Zu diesem gehören vielmehr noch eine ganze Reihe eingelebter Institutionen oder funktioneller Thätigkeiten in Zentral- und Lokal-Verwaltung, Rechtspflege, Kirche, Schule, Finanzen u. s. w. Dies alles, alles fehlte dem deutschen Reich. Die Einzelstaaten, aus denen es bestand, hatten freilich entwickeltere Organismen, aber das Reich sollte und mußte ja diese Organismen beschränken, weil sie in ihrer partikularistischen Schwäche dem Nationalleben nicht genügt hatten. Die Einzelstaaten sollten also andre werden und mußten es, wenn das Reich seine Aufgabe, ein deutsches Nationalleben zu schaffen und zu tragen, erfüllen sollte. Dazu kam noch ein schwerwiegender Umstand. Man hatte so oft vom deutschen Reiche geträumt und sich der Sehnsucht überlassen nach der Herrlichkeit, die es bringen sollte. Aber dabei hatte man, was freilich sehr natürlich ist, nicht Zeit noch Lust gehabt, an die schweren Pflichten zu denken, die es mit sich bringen mußte. Nationale Herrlichkeit ist niemals in der Geschichte umsonst besessen worden, sondern der Preis unausgesetzter Anstrengung gewesen. Die nationale Herrlichkeit der Deutschen aber, das mußte jedem für das Verständnis der Geschichte befähigten Sinn klar sein, konnte, wenn sie je wieder hervorzurufen war, nur mit ebenso viel Geschick, Kraft und Opferwilligkeit behauptet werden, als ihre Neuschaffung erfordert hatte. Die deutsche Nation war groß gewesen, als die elementare Kraft ihres Volkstums den Weltteil nach allen Richtungen übersflutet hatte. Nachdem aber in langen Epochen dem deutschen Volke alle andern Nationen in staatlicher Entwicklung vorausgekommen waren, mußte es sich sagen, daß die Mitbewerbung unter den rivalisirenden Kräften des Welttheiles in der geographischen Mitte desselben am schwersten durchzuführen sei. Wir mußten uns sagen, daß der latente Rassenhaß und der dunkle Weltherrschaftstraum der Slavenwelt zur tageshellen Leidenschaft aufflammen müßten, wenn wir, aus dem Zustande harmloser und ohnmächtiger Passivität heraustretend, als eine gewappnete, ihren Anteil

an den Weltgeschicken fordernde Macht dastehen würden. Wir mußten uns sagen, daß wir, das Thor des Westens verschließend, den Traum der Franzosen, daß wir das politisch selbstlose Material ihrer Weltherrschaft abzugeben gut genug seien, für immer zerstörend, einen Lebensbestandteil dieser Nation entreißen würden, den sie erst verschmerzen könne, nachdem sie viele Jahre lang den Eindruck der deutschen Unüberwindlichkeit empfangen.

Zu allen diesen gewaltigen Aufgaben mußte das deutsche Reich erst zubereitet werden. Es besaß wohl den Kern des unübertrefflichen Heeres, das ihm die Wege zu seiner Wiederaufrichtung gebahnt hat. Aber die erzogenen Kräfte, die ein solches Heer dauernd erhalten, die den ganzen wirtschaftlichen, intellektuellen und sittlichen Organismus mit ihm ins Gleichgewicht setzen können, ohne welches ein solches Heer sich nicht auf seiner Höhe behaupten kann und dem schwachen Ganzen zu große Opfer auferlegt, diese Kräfte fehlten.

Im April 1877 stand Fürst Bismarck vor der Frage, ob er, vertrauend dem Wort, das er einst selbst gesprochen: „Setzen wir Deutschland in den Sattel, reiten wird es schon können,“ den ungebübten Reiter auf dem gefährlichsten Wege sich selbst überlassen solle. Die künftige Geschichtschreibung wird vor der Thatfache als einem Rätsel stehen, daß der deutsche Liberalismus, der zehn Jahre lang der Hebel der nationalen Politik in der Hand des Kanzlers gewesen, von den Schwierigkeiten der Zukunft so gar keine Ahnung gehabt hat. Die Liberalen träumten von nichts als von dem Eintritt des vollen parlamentarischen Regiments und dem interessanten Würfelspiel um die Ministerstühle durch die Würfe parlamentarischer Beredsamkeit und glücklicher Taktik. Alle innern Aufgaben glaubte man zu lösen durch die immer vollständigere Abstreifung wirtschaftlicher Fesseln; ein Zoll nach dem andern muß fallen, jede Schranke der Gewerbefreiheit, wo noch eine zu finden ist, dann wird das Paradies erblühen. Dabei stand im Jahre 1877 der Fanatismus des Ultramontanismus einerseits, der Fanatismus der Sozialdemokratie andererseits, welche beide den Besitz unbeschränkter Pressfreiheit und Versammlungsfreiheit in vollem Maße benutzten, auf der Höhe. Die Demokratie ihrerseits, repräsentirt in Preußen durch die Fortschrittspartei, im Süden durch die Volkspartei, überschüttete den nationalen Liberalismus für jedes Zugeständnis mit Hohn und Verachtung, das letzterer bei den Justizgesetzen zur Einschränkung der Massenherrschaft den Regierungen gemacht hatte. Es erscheint heute schon als unfaßbar und wird einer spätern Zeit noch unfaßbarer sein, wie der nationale Liberalismus diesen Kräften gegenüber, die, auf dem Boden des allgemeinen Stimmrechts bequem sich ausbreitend, mit Ausnahme der reinpolitischen Demokratie ihre Zahlen im Parlamente wachsen sehen, mit Ungeduld von der Verlegung der Souveränität in dieses Parlament träumen konnte. Denn nur aus diesem Traume ist das Drängen auf die sogenannten konstitutionellen Garantien, ist die Forderung einer Parteiregierung, nach der Art, wie man sie sich in Deutsch-

land vorstellt, nämlich so, daß die Partei die Minister wie einsetzt, so inspirirt, erklärlich.

Als Fürst Bismarck Herrn von Bismarck in das Ministerium ziehen wollte, hatte er natürlich nicht an die Einsetzung einer Parteiregierung nach der unmöglichen, in Deutschland herrschenden Einbildung einer solchen gedacht. Er hatte geglaubt, der Name und die Persönlichkeit des Herrn von Bismarck würde dem nationalen und liberalen Teile des deutschen Volkes eine Bürgschaft sein, daß bei der unaufschieblich gewordenen Ausbildung neuer zusammenhaltender Institutionen an keine Entfremdung von den wahren Bedürfnissen des Volksgeistes, sondern nur an die Bewahrung derselben in der Erfüllung der zwingenden Gebote der Gesamtlage zu denken sei. Als Herr von Bismarck der Einladung des Kanzlers das Programm des Liberalismus entgegenstellte, war er der treue Dolmetsch des letztern in seiner damaligen Geistesverfassung und Zukunftsaussicht. Aber Fürst Bismarck konnte aus diesem Programm nur entnehmen, daß die Fortbildung des deutschen Reichs dem Liberalismus anvertrauen diese Schöpfung in Todesgefahr stürzen heißen würde. Ebenso sehr wie das „Niemals,“ das sein kaiserlicher Herr im April auf das Entlassungsgesuch geschrieben hatte, mußte die Beurteilung der Frage, über die auch der nationale Liberalismus sich nicht erhob, dem Fürsten die Notwendigkeit einprägen, sich seinem großen, aber nach der Beschaffenheit des Materials noch so gebrechlichen Werke bis zum letzten Atemzug zu weihen.

Seitdem sind fünf Jahre vergangen. Sie haben, wie es scheint, vielleicht nur auf der Oberfläche scheint, eine immer steigende Entfremdung zwischen dem Reichskanzler und der Gesamtheit der im nationalen Liberalismus zusammengefaßten Richtungen an den Tag gebracht.

Es waren fünf Ziele der innern Politik, auf welche das Auge des Fürsten zunächst gelenkt war, die Sozialreform, wenigstens in den dringendsten und nächsten Forderungen, und als Bedingung derselben die Zollreform; ferner die preußische Verwaltungsorganisation und die Sicherstellung des Steuerwesens im Reich und in den Einzelstaaten; endlich die Eisenbahnreform, d. h. die Konsolidation der Eisenbahnen durch ihren Übergang in Reichshand.

Die Zollreform ist dem Fürsten nicht, wie man wohl zuweilen behauptet hat, nur ein Mittel gewesen, um die Stimmen zur Vermehrung der Reichseinnahmen zusammenzubringen. Der Fürst erkannte vielmehr, daß jede Sozialreform, d. h. jeder Versuch, auf die richtige Verteilung des Volkswohlstandes einzuwirken, vergeblich sein müsse, wenn die Quellen des Wohlstandes einem leeren Fasse gleichen, das im unaufhaltsamen Auslaufen begriffen ist. Der Fürst glaubte für die Schädigung wichtiger Quellen des nationalen Wohlstandes durch die Unbeschränktheit der fremden Einfuhr deutliche Zeichen zu haben. Diese Wahrnehmungen bestimmten ihn, die Rückkehr zu einem gewissen Schutzollsystem in Angriff zu nehmen. Vielleicht hat bei der Erwägung dieses Entschlusses das

Gefühl der Verantwortung stärker auf ihm gelastet wie bei irgendeinem der folgenreichen Entschlüsse seiner Laufbahn. Er hatte selbst im Reichstag ausgesprochen, daß die Frage nach ihrem ganzen Umfange von keiner Einsicht zur Zeit beherrscht werde. Aber angesichts eines sich verschlimmernden Übels muß der Staatsmann handeln, auch wenn es keine perfekte Theorie der Heilung giebt. Bezeichnend für die deutsche Art ist es, daß durch die Zollreform mehr als durch irgend einen Schritt der Reichskanzler sich das Vertrauen eines patriotisch gesinnten Teiles der deutschen Liberalen entfremdet hat. Der Theorie zuwider sind die Wirkungen der Tarifreform oder, was auch die überzeugtesten Gegner zugeben müssen, die begleitenden Erscheinungen derselben nur günstige gewesen. Es sind also nicht einmal Interessen, oder nur sehr vereinzelte Interessen, von welchen die nachhaltige Opposition gegen die Tarifreform ausgeht. Es ist vielmehr die von der Unfehlbarkeit ihrer Einsicht überzeugte Theorie. Man muß dies achten, und es ist zu bedauern, daß der Kampf mit der freihändlerischen Opposition, die zum Teil aus ruhigen, ernstern Männern besteht, eine so bittere und unschöne Form angenommen hat. Einen großen Anteil daran hat freilich die politische Opposition des Fortschritts, welche sich der Freihandelslehre als willkommener Waffe bedient. Den überzeugten Anhängern der deutschen Freihandelslehre möge in Bezug auf den Inhalt der Frage, die sich im gegenwärtigen Zusammenhang nicht eingehend behandeln läßt, nur folgende Erwägung immer wieder empfohlen sein, die keineswegs neu ist. Die Segnungen des Freihandels setzen zu ihrer Verwirklichung die Ausbreitung der Freihandelsprinzipien über den Erdkreis oder doch über einen Kreis bedeutender Wirtschaftsgebiete voraus. Hätte wirklich ein patriotischer Anhänger des Freihandels in Deutschland es wagen wollen, die Freihandelspolitik bei uns fortzusetzen, während die andern großen Nationen beim Schutzzoll beharrten oder zu ihm zurückkehrten? Die Folge wäre dann doch nicht abzuwehren gewesen, daß die ersten Quellen der wirtschaftlichen Unabhängigkeit: Ackerbau, Waldkultur u. s. w. versiegt wären, während wir keinen Produktionszweig gehabt hätten, dessen Artikel das Ausland uns hätte abnehmen müssen. Wir wären mindestens einer sehr gefährlichen Krisis für eine Periode von unberechenbarer Dauer ausgesetzt worden, wenn wir bei den großen Anforderungen, die der Staat in der nächsten Zeit unvermeidlich an die nationale Wirtschaft stellen muß, die letztere starken Schwankungen preisgegeben hätten.

Der Zolltarif wurde mit einem Schlage im Jahre 1879 erneuert. Auf dem Wege der Sozialreform giebt es keine Muster, jeder Schritt ist ein Experiment, und so ist es kein Wunder, daß auf diesem Wege noch nicht einmal der erste Schritt gethan worden ist. Die Unfallversicherung der Arbeiter sollte dieser Schritt sein, und von unserm Standpunkte haben wir zu bedauern, daß die Gedanken der ersten Vorlage in der zweiten so vielfach aufgegeben und nach unserm Urteil keineswegs durch praktischere ersetzt worden sind. Auch bei diesem Gegen-

stände können uns die Einzelheiten heute nicht beschäftigen. Wir finden uns nur gedrungen, hervorzuheben, daß nach unsrer Überzeugung eine heilsame und weitgreifende Sozialreform denkbar ist, welche den Boden der individuellen wirtschaftlichen Freiheit keineswegs prinzipiell aufgibt oder beeinträchtigt. Bei der Unfallversicherung hat sich diese Frage auf den Punkt zugespitzt, ob die Versicherung der Arbeiter auf die Produktionskosten der Industrie allein zu übernehmen sei oder ob das Prinzip der wirtschaftlichen Selbsthilfe einen Staatsbeitrag zu den Versicherungsprämien gestatte. Wir bejahen ohne Unsicherheit die letztere Frage. Denn auch die Anhänger der individualistischen Wirtschaftstheorie haben noch nicht, von wenigen Ausnahmen abgesehen, die absolute Ausdehnung derselben behauptet, haben noch nicht behauptet, daß der Staat keine Armenthulen und ähnliche Anstalten anlegen, daß er den Schulunterricht nicht wenigstens einem Teile des Volkes auf Kosten der Gesamtheit unentgeltlich zuwenden dürfe. Die Versicherung der Arbeiter ist aber unsers Erachtens nicht bloß ein Akt der materiellen Fürsorge, sondern weit mehr noch ein Akt der moralischen Pädagogik, durch welchen die Gesamtheit sich aus einem bisher verwüsteten Teil der Volkskraft eine gesunde Kraft zu erziehen versucht. Daß dafür der Staat einen Aufwand zu machen berechtigt ist, muß auch die individualistische Wirtschaftstheorie anerkennen.

Bei der Aufgabe der preussischen Verwaltungsorganisation ist für den Fürsten wohl der Gesichtspunkt maßgebend, daß das feste Gefüge des preussischen Staates erhalten werden müsse, der den unerschütterlichen Kern der deutschen Nationalität bleibend zu bilden berufen ist. Mit geringer Überlegung war der Liberalismus bereits im Begriff, einer Autonomie der preussischen Provinzen zuzusteuern. Man fragte nicht, wo denn die Widerstandsfähigkeit in schweren Gefahren liegen werde. Bei Kreis-, Dorf- und Stadtparlamenten kann sie sich niemals ausbilden. Die Verwaltungsreform war eine Zeit lang unverkennbar auf dem Wege, die Einheit der Verwaltungsaktion in lokale Autonomien und Unbeholfenheiten zu verzetteln.

Die Steuerreform, die schon so oft hier behandelt worden ist, erwähnen wir in dem jetzigen Überblick nur, um den folgenden Punkt wiederholt zu erhellen. Ein Steuersystem lebt sich langsam ein, die Gesellschaft muß lernen, es nicht nur zu ertragen, sondern auch durch eine erhöhte Spannung und geschicktere Anwendung ihrer Kräfte den Ersatz zu finden. Deshalb ist es kurzichtig, wenn der Liberalismus immer nur nach Maßgabe des einzelnen Bedürfnisses einzelne Opfer auflegen will, als ob dieselben immer zu haben wären.

Die Eisenbahnreform ist gelungen, wenn auch noch nicht ganz in der erstrebten Weise. Hier hat die Voraussicht des Fürsten eine unbestrittene Bestätigung empfangen.

Als der Fürst im April 1877 seine Entlassung erbat, wurden die Schwierigkeiten, die ihm der Ultramontanismus bereitete, vielseitig als Hauptgrund ver-

mutet. Man war daher überrascht, daß der Fürst nach Wiederübernahme der Geschäfte nicht den Kulturkampf mit neuem Eifer aufnahm. Die Notwendigkeit fiel indeß weg zunächst infolge des Personenwechsels auf dem heiligen Stuhle. Der Fürst hatte bei diesem Kampfe Hindernisse und Unterlassungen gefunden, auf die er vielleicht gefaßt gewesen war, aber auf die er nicht gerechnet hatte. Immer hatte er von der Möglichkeit eines friedliebenden Papstes und der von selbst dann sich ergebenden Einstellung des Kampfes gesprochen. Leo XIII. gab seit seiner Thronbesteigung alsbald wenigstens die äußern Zeichen einer einlenkenden und friedlichen Gesinnung. Der Friede ist nicht erreicht worden, und ob er zu erreichen ist, bleibt nach wie vor ungewiß. Aber das Feuer des Kulturkampfes hat an Intensität beträchtlich verloren; es ist die Frage, wem die Schwächung dieser Glut zu Gute kommt, ob der ultramontanen Führung oder dem deutschen Reiche. Der Kulturkampf ist sozusagen in ein chronisches Stadium getreten; es fragt sich sehr, ob der Ultramontanismus die Rückführung in das acute Stadium zu bewirken in der Lage ist. Einen unverkennbaren Nachteil hat aber die Schwächung dieses Gegensatzes dem Staate gebracht. Sie hat eine Reaktion im Bunde mit dem Ultramontanismus in den Gesichtskreis der öffentlichen Meinung gerückt, und die Unvorsichtigkeit der konservativen Partei, die einen solchen Bund als Ziel aufs innigste zu wünschen hinstellt, hat der Befürchtung eines solchen die weiteste Ausbreitung gegeben. Dadurch sieht sich der Fürst vielfach gehemmt und in seinen Absichten verkannt.

Dies ist das Ergebnis eines arbeitsvollen Lustrums: eine Frucht, sonst nur Ansätze, die gehemmt, aber nicht zurückgewiesen sind. Wer daraus einen Vorwurf herleiten will, der hat keine Ahnung, daß der innere Bau des deutschen Reiches das dankbarste, aber auch das schwerste Werk ist, dessen Gelingen uns zur stärksten Nation erheben, dessen Mißlingen uns aus der Reihe der Nationen ausscheiden lassen wird.

